

195 Hotham street,
Elsternwick S.4.
Melbourne-Vic. Australia

20. Februar 1956.

Mr. Emil Levy
Prinz Georgstr. 89
Duesseldorf / Rhld. Germany

Eingegangen

12. MRZ. 1956

Erh.

Betr. 1003 Entschädigungsansprüche Leo Gottlieber verst.

Leo Gottlieber besuchte das Gymnasium in Teschen, derzeit oesterreich Schlesien, bis 1897, war dann 2 Jahre in einer Handelschule in Wien. Von 1899 bis 1909 war er angestellt in einem Holzgeschäft in Teschen, und kam dann nach Hamburg, wo er sich selbstständig machte, in der Holzbranche. Durch den Weltkrieg, wurde das Geschäft liquidiert, Leo Gottlieber kämpfte als Oesterreicher von 1914-1918 an der russischen und italienischen Front, kam 1918 vom Krieg zurück, und begann in der Reklamebranche in Hamburg.

Ab 1922 uebernahm er Vertretungen in der Speditionsbranche bei der Fa. Hugo Schoensee & Co. und war gleichzeitig Vertreter der Bleikristallfirma Tritschler, Winter & Co. Neustadt a.d. Waldnaab und Thueringer Glasfabrik von Carl Boehm Casper & Max Traut. Seine Stellung bei Schoensee, musste er infolge Hitlers 1936 aufgeben und aber 1938 verlor er alle Vertretungen. Nachdem bereits viele Tschechische Bekannte von der Gestapo verschickt worden waren, flog er am 30. Maerz 1938 ueber Holland nach England, wo er am 1. April 1938 eintraf, einige Tage nach seiner Ankunft, bekam er selbst eine Aufforderung von der Gestapo, nach Hamburg, Uhlenhorsterweg 551 gerichtet, nachgesandt, sich sofort zu melden. Es war gut, dass er nicht mehr in Hamburg war, obwohl er ohne jede Mittel, nur mit einer kleinen Tasche, in London ankam. In England, bekam er, da er bereits 60 Jahre alt war, keine Arbeitserlaubnis mehr, und musste Wohlfahrtsunterstuetzung annehmen. Nach 1 Jahr Aufenthalt in London, lebte er mit seiner Frau, die Besuchsweise in England war, und ebenfalls mittellos war, in Torquay/Devon bis 1949 August. Dann fuhr er mit seiner Frau nach Melbourne/Australien., wo er bis zu seinem Tode am 6. April 1954 lebte.

Die Fahrkosten betrugen £stlg. 200.---.---. (£stlg. zweihundert). Ausserdem hatte Herr Gottlieber kein Einkommen von ca 1936 bis Marz 1939 in Hamburg, einen Ausfall von mindestens RM 10.000. (RM zehntausend)

Ich bestaetige, dass diese Angaben nach bestem Wissen korrekt sind.

Melbourne, 20. Februar 1956.

EDITH GOTTLIEBER

Johanna Gottlieber

Hei/

Die am 27.7.1883 geborene Antragstellerin Johanna Gottlieber geb. Rosenberg ist ausweislich ihrer Geburtsurkunde jüdischer Abstammung und hat am 4.VIII.1911 in Cleve mit Herrn Leo Gottlieber die Ehe geschlossen. Herr Gottlieber war ebenfalls jüdischer Abstammung. Die Geburtsurkunde der Antragstellerin sowie Heiratsurkunde und Sterbeurkunde des Verfolgten sind diesem Antrag als Anlage beigelegt. Herr Gottlieber besuchte das Gymnasium in Teichheim/Oesterreich bis zum Jahre 1897 und besuchte im Anschluß daran 2 Jahre die Handelsschule in Wien. Von 1899 bis 1909 war er als Angestellter in einer Holzfirma tätig. Nach Beendigung des 1. Weltkrieges arbeitete er in der Reklamebranche in Hamburg. Ab 1922 übernahm er eine Vertretung als selbständiger Kaufmann in der Speditionsbranche bei der Firma Hugo Schoensee & Co. Hamburg und die Vertretung der Firma Bleikristalle Tritschler, Winter & Co, Neustadt an der Waldanaab sowie die Vertretung der Firma Karl Boehm und Max Traut, Thüringer Glaswarenfabrik. Wegen seiner Abstammung war er nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Dies wirkte sich so aus, daß er im Jahre 1938 sämtliche Vertretungen verlor und ihm die Ausübung des Gewerbes als selbständiger Vertreter untersagt wurde. Die Vertretung der Firma Schoensee hat er schon im Jahre 1936 verloren. Um weiteren Verfolgungsmaßnahmen zu entgehen, emigrierte er am 30.3.1938 über Holland nach England, wo er am 1. April 1938 eintraf. Eine Vorladung der geheimen Staatspolizei Hamburg wurde ihm an seine Londener Adresse nachgesandt. Da er in England keine Arbeitserlaubnis erhielt, mußte er von Wohlfahrtsunterstützung leben. Im August 1949 wanderte er nach Australien aus, wo er am 6.4.1954 verstarb. Durch die Verfolgungsmaßnahme ist der Antragstellerin ein erheblicher Schaden durch Ausfall an Unterhalt und Versorgung sowie an Eigentum und Vermögen und durch den Tod ihres Ehemannes entstanden.

Folgende Entschädigungsansprüche werden geltend gemacht:

1.) Schaden an Leben:

Durch die geschilderte nationalsozialistische Verfolgung hatte Herr Gottlieber sich eine nachhaltige gesundheitliche Schädigung zugezogen, an deren Folgen er am 6. April 1954 in Australien verstorben ist. Ein ärztliches Attest, aus dem die verfolgungsbedingte Erwerbsminderung und der kausale Zusammenhang ersichtlich ist, wird nachgereicht.

2.) Schaden an Eigentum und Vermögen:

Um weiteren Verfolgungsmaßnahmen zu entgehen emigrierte Herr Gottlieber am 30. März 1938 per Flugzeug mit der Antragstellerin über Holland nach England. Durch diese erzwungene Auswanderung ist ihm ein erheblicher Schaden durch die Passagekosten entstanden, für deren Verlust die Antragstellerin Ersatz beantragt. Eine eidesstattliche Versicherung aus der der Schaden und die Höhe des Schadens ersichtlich ist, wird nachgereicht.

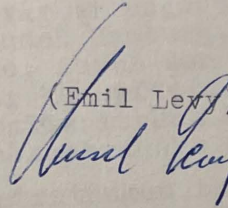
3.) Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen durch Verdrängung aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit:

Aus dem Vorgenannten geht hervor, daß Herr Gottlieber aufgrund nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen einen Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat. Eine eidesstattliche Versicherung, aus der die Höhe des Schadens sowie das Einkommen drei Jahre vor, während und nach der Verfolgung ersichtlich ist, wird nachgereicht.

Ausweislich des Erbscheins des Amtsgerichts Hamburg vom 28.6.1955 wird Herr Gottlieber von seiner Witwe und seiner Tochter beerbt. Der Erbschein ist dem Antrag als Anlage beigefügt.

Düsseldorf, den 15. März 1956

(Emil Levy)



ha

MAX

Gründe:

Der Erblasser, Leo Gottlieb, war jüdischer Herkunft. Im Frühjahr 1939 wanderte er mit seiner Ehefrau von Hamburg nach London aus. 1949 erfolgte die Übersiedlung nach Australien. Dort verstarb der Erblasser am 6. April 1954.

Durch Erbschein des Amtsgerichts Hamburg vom 28. Juli 1955 und dem landgerichtlichen Beschluß vom 26. März 1957 sind als Erben nach australischem Recht ausgewiesen die Witwe und Tochter des Vorgenannten, die Antragstellerinnen zu 1 und 2).

Es wird noch eine Entschädigung wegen Schadens an Eigentum und Vermögen, und zwar für folgende Gegenstände, deren Gesamtwert mit £ 720.- beziffert wird, begehrt:

- 2 elektr. Bügeleisen
- 1 Kaffeeservice für 12 Pers. Thomas/Selb
- 1 Eßservice " " neu Eschbach, weiß/gold 78 Teile
- 1 Nähmaschine, Vorlagen
- 3 Steppdecken, Teppich
- 2 silberne Handtaschen und weiter echte Silberwaren
- Inhalt der eisernen Kassette, wertvoller div. Schmuck, Gold- und Brillantringe
- größter Teil der neuen Leinen-Wäscheaussteuer lt. Aufstellung

Zur Begründung des Antrags auf Entschädigung wegen Schadens an Eigentum und Vermögen war zunächst behauptet worden, sämtliche Haushaltsgegenstände hätten bei der Fortreise in März 1939 in Stich gelassen werden müssen, und es werde die Pauschalabgeltung gemäß § 54 BEG beantragt.

Im Verlaufe des weiteren Entschädigungsverfahrens wurde dann vorgetragen:

Der Erblasser habe seine Wohnungseinrichtung bei der Firma Berthold Jacoby nach seiner Abreise aus Hamburg am 31. 3. 1939 unterstellen lassen. Ein Teil sei verkauft worden, und zwar von dem Schwager des Erblassers Hermann Rosenberg. Der Rest sei in 16 Kisten verpackt und bei der Fa. Jacoby eingelagert worden. Wie aus den Versteigerungsprotokollen von 26., 29. 10. und 1. 11. 1943 sich ergäbe, seien die nachstehend aufgeführten Artikel, deren Gesamtwert mit 720.- £ angegeben worden, nicht zur Versteigerung gelangt:

- Kiste Nr. 1 2 elektr. Bügeleisen
- " " 2 1 Kaffeeservice für 12 Pers. Thomas/Selb
- " " 6 1 Eßservice für 12 Pers. neu, Eschbach, weiß/gold
- " " 9 1 Nähmaschine
- " " 10 3 Steppdecken
- " " 15 Inhalt der eisernen Kassette, wertvoller diverser echter Schmuck, Gold und Brillantringe, Armbänder, Broschen etc.
- " " 16 größter Teil der neuen Leinen Wäscheaussteuer lt.
- " " 12 silberne Handtaschen u. weiter echte Silberwaren /Aufstellung

Die Kisten seien bei der Pa. Berthold Jacoby voll versichert gewesen. Es müßte davon ausgegangen werden, daß die fehlenden Gegenstände aus den Kisten geplündert worden seien. Als dann infolge des Krieges kein Lagergeld habe bezahlt werden können, sei der Rest der vorhandenen Gegenstände öffentlich zur Versteigerung gebracht worden. Der Liftdanspruch sei bereits im Rückerstattungsverfahren durch den Bescheid der OFD Hamburg vom 29. 12. 1958 erledigt.

Aus den beigezogenen Akten der OFD Hamburg, und zwar O 1764 - D 116 und G 8 - BV 42/4112 und der Akte des Landgerichts Hamburg 1 WIK 1036/1951 ergibt sich folgender Sachverhalt:

Seit Mai 1939 betrieb der Erblasser von London aus, wohin er bereits ausgewandert war, seine Auswanderung. Zur Wahrnehmung seiner Interessen hatte er hier den Rechtsanwalt Dr. Edgar Israel H a a s beauftragt. Dieser hatte mit Schreiben vom 16. Mai 1939 dem Oberfinanzpräsidenten mitgeteilt, daß der Hausstand der Eheleute Gottlieber bereits bei der Pa. Berthold Jacoby, Hamburg, Hoheluftchaussee 153, eingelagert ~~war~~ und ein Teil der Mobilien zu dem Auktionator Louis Krohn, Hamburg, Alterwall 40, verbracht worden waren, und zwar sind folgende Gegenstände zur Auktion gekommen:

- 1 Herrenzimmer, 2 Schränke, 1 Sessel, 1 Sofa,
- 2 Tischlampen, 1 Küche, div. altes Geschirr,
- 2 alte Pendel, 1 kl. Schrank, div. altes Geschirr,
- 1 Teppich.

Der Rest des Hausrates sollte nach Übersee versandt werden und ist in 16 Kisten und einigen kleineren Behältnissen verpackt worden. Ein Abtransport des Umzugsgutes war infolge des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges nicht mehr möglich gewesen. Nachdem das Vermögen der Eheleute Gottlieber zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden war, wurde von der Vermögens-Verwaltungsstelle des Oberfinanzpräsidenten in Hamburg Anfang Juni 1943 der Gerichtsvollzieheri der Auftrag erteilt, die Versteigerung der eingelagerten Sachen durchzuführen und den Erlös an die Oberfinanzkasse abzuführen. Die Versteigerung wurde gemäß den Versteigerungsprotokollen am 28., 29. Oktober und 1. November 1943 von dem Gerichtsvollzieher Gerlach ab Lager Krumpf durchgeführt. Der Netto-Versteigerungserlös in Höhe von RM 2.803,30 wurde der Oberfinanzkasse Hamburg überwiesen. Mit Genehmigung der Devisenstelle wurden bis Ende 1939 das Lagergeld an die Pa. Berthold Jacoby gezahlt. Mit Beschluß des Landgerichts Hamburg der 1. Wiedergutmachungskammer vom 27. Februar 1953 wurde die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches für das entzogene Umzugsgut im Werte von RM 6.000,- festgestellt. Hiervon wurde den Rechtsnachfolgern des Erblassers von der OFD Hamburg - Bescheid vom 29. Dez. 1958 Az.: O 5608 - G 8 - BV 42/423 - nach Maßgabe des BRUG eine Entschädigung von DM 9.000,- gezahlt.

Der Antrag mußte abgelehnt werden.

113X

Landgericht Hamburg

(2) Hamburg 11, den 4. Sept. 1962

Entschädigungskammer

Zippelhaus 5, Hths.

Ein entschädigungsfähiger Tatbestand nach § 51 i. Verb. mit § 5 BEG läge nur vor, wenn sich feststellen ließe, daß vor der Veräußerung durch das Deutsche Reich auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die fehlenden Sachen entweder der Plünderung preisgegeben worden bzw. von Personen, die obrigkeitliche Befugnisse ausgeübt oder sich angeeignet haben, veruntreut oder an eine Menschenmenge verteilt worden seien. Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis wurde jedoch bereits vor der Einlagerung bei der Fa. Jacoby ein wesentlicher Teil des Hausstandes durch den Auktionator Louis Krohn versteigert und der Rest in ca. 16 Kisten verpackt, dann bei der vorgenannten Firma eingelagert. Nach der Einziehung durch das Deutsche Reich wurde das Einlagerungsgut dann an Lager Krumpf von dem Gerichtsvollzieher Gerlach im Auftrage des Oberfinanzpräsidenten Hamburg im Oktober/November 1943 versteigert. Wie das Umzugsgut zum Lager Krumpf gekommen ist, läßt sich allerdings nicht mehr feststellen. Das Lagerhaus der Fa. Jacoby wurde -wie antsbekannt ist- im Juli 1943 durch Luftangriffe schwer getroffen und die Belege über die eingelagerten Gegenstände wurden vernichtet. Da sich jedoch -soweit feststellbar- das Einlagerungsgut entweder in der Obhut der Fa. Jacoby und später der Fa. Krumpf befunden hat, kann mit an Wahrscheinlichkeit grenzender Sicherheit gesagt werden, daß die fehlenden Gegenstände weder der Plünderung preisgegeben worden sind noch von Personen mit obrigkeitlichen Befugnissen veruntreut oder an eine Menschenmenge verteilt worden sind.

Ganz abgesehen davon, ist weder bewiesen noch glaubhaft gemacht worden, daß die vermißten Gegenstände überhaupt zur Einlagerung bei der Fa. Jacoby gelangt sind. Den Angaben der Erben kann kein entscheidender Beweiswert beigemessen werden. Sie haben ihre ursprüngliche Behauptung des Instichlassens des Hausrats anlässlich der Auswanderung im Frühjahr 1939 im Verlaufe des weiteren Entschädigungsverfahrens fallenlassen und zugeben müssen, daß ein Teil des Hausrats veräußert und der Rest bei der Fa. Jacoby eingelagert worden ist. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß der Schwager des Erblassers Hermann Rosenberg die fehlenden Sachen vor der Einlagerung bei der Fa. Jacoby verkauft hat, denn nach den Angaben der Antragsteller soll dieser unmittelbar vor der Einlagerung noch Hausratsgegenstände des Erblassers veräußert haben.

Im Auftrage:

gez. Neddermeyer

(Neddermeyer)
Referentin

An das
Landgericht
Entschädigungskammer

H a m b u r g



81 0 (Entsch.) 302/62

den 29.8.1962
DUSSELDORF,
KREUZSTRASSE 24 . TELEFON 2 74 29

KREISSPARKASSE DUSSELDORF
KONTO NR. 16 052 (ANDERKONTO)
KONTO NR. 22 553 (PRIVAT)
POSTSCHECKKONTO KÖLN 1857 75

SPRECHSTUNDEN NACH VEREINBARUNG

F 1002 E/X HN/Ba.-

Freie und Hansestadt Hamburg Sozialbehörde Amt für Wiedergutmachung	
Eing.:	9. SEP. 1962
Anl.	Zuständig:

K l a g e

1. von Frau Johanna Gottlieber geb. Rosenberg,
geboren 27.7.1883,
2. Frau Edith Pugacz, geb. Gottlieber, geboren am
6.7.1912

beide wohnhaft: 154 Alma Road, East St. Kilda, Melbourne/Vic.
Australien

- Klägerinnen-

- Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Hess-Niedermöller,
Düsseldorf, Kreuzstrasse 24 -

gegen

die Freie- und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die
Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung - Hamburg,

- Beklagte -

wegen Entschädigung
(Eigentum und Vermögen).

Namens und im Auftrage der Klägerinnen erhebe ich hiermit
Klage. Vollmacht auf mich liegt bei.

Begründung:

Durch den am 15.3.1962 zugestellten Bescheid vom 12.3.1962
hat die Entschädigungsbehörde Ansprüche wegen Schaden
von Eigentum und Vermögen nach Leo Gottlieber abgelehnt.

Beweis: BEG-Akte der Sozialbehörde Hamburg - AZ WG.270783-6

Tatsächlich steht den Klägerinnen, die Erben nach australi-
Recht nach Leo Gottlieber geworden sind, Entschädigung
wegen Eigentums- und Vermögensschaden zu.

K 3

Zunächst ist im Rückerstattungsverfahren vor dem Landgericht Hamburg

- 1 WIK 1036/1951 -

geklärt worden, dass ein Netto-Versteigerungserlös in Höhe von RM 2.803,30 der Oberfinanzkasse Hamburg für die in den vorhandenen Versteigerungsprotokollen enthaltenen Gegenstände aus dem Umzugsgut eingegangen ist.

Wegen dieser Sachen ist die Schadenersatzpflicht des Deutschen Reiches in Höhe von RM 6000,-- = DM 9000,-- gem. Bescheid vom 29.12.1958 in Verbindung mit dem Beschluss vom 27.2.1953 anerkannt worden.

In diesem Umfange sind Ansprüche erledigt.

Es ist jedoch nicht der gesamte Inhalt der 16 Kisten Umzugsgut durch den Versteigerungserlös gedeckt. Ein Teil der Sachen ist nicht versteigert worden, wie sich im Vergleich mit dem Kisteninhalt zeigt.

Die von der Entschädigungsbehörde auf Seite 2 des angefochtenen Bescheides aufgeführten Sachen sind unvollständig widergegeben. In Kiste 9 fehlt neben der Nähmaschine die Aufführung von Matratzen und Perserteppichen, in Kiste 10 fehlen außer den Steppdecken, 2 Teppiche, 2 echte Bilder.

Insgesamt sind folgende Sachen im Jahre 1943 nicht zur Versteigerung gekommen. Sie waren bereits vor der Versteigerung im Auftrage des Oberfinanzpräsidenten Hamburg - ab Lager Krumpf - aus den Kisten entfernt worden.

Kiste Nr. 1: 2 elektr. Bügeleisen,

Kiste " 2: 1 Kaffeeservice für 12 Personen Thomas/Selb

Kiste " 6: 1 Ess-Service für 12 Personen, neu, eschebach, weiss/gold 78 Teile.

Kiste Nr. 9 1 Nähmaschine, 2 Rosshaarmatratzen, 2 Perserteppiche

Kiste Nr.10 Inhalt der eisernen Kasette, wertvoller diverser echter Schmuck, Gold- und Brillantringe, Arm-bänder, Broschen usw.

Kiste Nr.16: Der größte Teil der Leinen- Wäsche-Aussteuer lt. Aufstellung.

Kiste Nr.12: 2 silberne Handtaschen und weitere echte Silberwaren.

Nach der Versteigerungsabrechnung vom 8.11.1943 steht einwandfrei fest, dass die vorgenannten Sachen nicht mit versteigert sind. Sie sind auch nicht innerhalb des Rückerstattungsverfahrens mit erledigt worden. Ohne diese fehlenden Sachen hat nämlich die Versteigerung einen Bruttoversteigerungserlös von RM 2.988,70 abzüglich 185,40, also einen Nettoerlös von RM 2.803,30 gehabt, letzter Betrag ist der Oberfinanzkasse Hamburg über das Postscheckkonto Nr. 11656 zu Aktenzeichen G - 70 überwiesen worden.

Es bleibt daher zu prüfen, auf welche Weise der Verlust der übrigen - zweifellos wertvollsten Sachen des Umzugsgutes - eingetreten ist.

Zweifellos waren diese Sachen nach Vermögensverfall bei Versteigerung oder Auftrag zur Versteigerung im Juni 1943 nicht mehr vorhanden.

Aus der Tatsache, dass an die Speditionsfirma Jacoby, bei der das gesamte Umzugsgut von 16 Kisten und einiger kleinen Behältnisse gelagert war, nur bis Ende 1939 ein Lagergeld gezahlt wurde, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu schließen, dass das Gut nur bis zu diesem Zeitpunkt, nämlich Ende 1939 bei Firma Berthold Jakobi lagerten.

Dies ist umso wahrscheinlicher, als Herr Rosenberg, ein Schwager des verstorbenen Leo Gottlieber und Bruder der Antragstellerin Johanna Gottlieber, der die Verpackung veranlassen ließ, mit seiner Familie Ende August 1939 nach den USA auswanderte, der sich des Rechtsanwaltes Dr. Edgar Israel Haas bediente, hatte ab Auswanderung keinerlei Möglichkeit zur Einwirkung auf das Umzugsgut mehr, während die Firma Berthold Jacoby in Hamburg das Umzugsgut, nach Ende 1939 ebenfalls nicht mehr in Obhut hatte.

Hiernach war spätestens Ende 1939/Anfang 1940 aufgegeben. 2/1
Zu dem fraglichen Zeitpunkt spricht auch noch keine Vermutung dafür, dass das Umzugsgut vom Deutschen Reich sichergestellt war, da die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz erst Ende 1941 erlassen wurde.

Nach der gegebenen Situation sind die Kisten - ohne dass sich nachweisen lässt, auf wessen Veranlassung, auf keinen Fall auf Veranlassung des Erblassers oder seines Bevollmächtigten - seit diesem Zeitpunkt nicht mehr von ihm in Obhut gegeben worden.

K 5

Mit der Firma Krumpf, die ihm unbekannt war, hat er keinerlei Beziehungen gehabt. Es ist daher garnicht so abwegig anzunehmen, dass von Seiten der Eheleute Gottlieber aus - und hierauf allein kommt es an - die Kisten zwischen 1940 und der 11. Verordnung nicht mehr in Obhut waren, also von ihrer Sicht aus, im Stich gelassen wurden. Dies änderte sich erst für einen Teil des Umzugsgutes, der versteigert worden ist, mit Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

In der Zwischenzeit ist jedoch der Tatbestand des im - Stich - lassens als erfüllt anzunehmen, denn in dieser Zeit haben die Eheleute Gottlieber ihnen gehörende Sachen ohne eine von ihnen veranlasste, aufsichtswahrende Betreuung im Stich lassen müssen. Sie hatten keine Einwirkungsmöglichkeit; auch das Deutsche Reich war noch nicht tätig geworden.

Mit gleicher Berechtigung kann man den Tatbestand der "Preisgabe zur Plünderung" als gegeben annehmen. Das Gesetz fordert nicht, dass die Sachen "geplündert" sind, sondern nur, dass sie zur Plünderung "preisgegeben" wurden. Falls man unterstellt, dass die fraglichen Sachen in Obhut einer obrigkeitlichen Person gewesen sind, so ist dieser Tatbestand erfüllt. Über seine Sachen konnte nach Verlagerung auch das Lager Krumpf nur eine Person Verfügungen treffen, die obrigkeitliche Befugnisse inne hatte oder so gestellt wurde. Nur solche Personen können diese Sachen "veruntreut" haben, da nachgewiesenermaßen das spätere Versteigerungsprotokoll gerade diese Gegenstände nicht mehr aufführt, also die reklamierten Werte vorher veruntreut sein müssen. Es ist auch kein ausreichender Beweis dafür vorhanden, dass diese Sachen vor Versteigerung entzogen worden sind. Ein Rückerstattungsverfahren insoweit kann also keinen Erfolg haben.

Die Kläger sind lediglich auf das Entschädigungsrecht angewiesen.

Insoweit steht Ihnen gem. § 51, 52 BEG wegen der bereits aufgeführten Gegenstände eine Entschädigung in Höhe des Wiederbeschaffungswertes im Zeitpunkt der Entscheidung unter Berücksichtigung des Wertes der Sache im Zeitpunkt der Schädigung zu. Der Ersatzbetrag wird auf DM 10.000,-- geschätzt.

Beweis: Sachverständigengutachten.

K 6

Den Klägerinnen steht auch Anspruch wegen Schadens an Vermögen zu.

2/12
C. v. d. ...

Die Entschädigungsbehörde führt in dem angefochtenen Bescheid selbst aus, dass sie Möbelstücke, nämlich:

- 1 Herrenzimmer,
- 2 Schränke,
- 1 Sessel,
- 1 Sofa,
- 2 Tischlampen,
- 1 Küche,
- diverses altes Geschirr, 2 alte Pendel,
- 1 kleiner Schrank, diverses altes Geschirr,
- 1 Teppich

Kon. ...
Rechtsanwalt ...

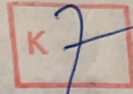
auf Veranlassung des verstorbenen Leo Gottlieber über Dr. Edgar Haas zu dem Auktionator Louis Krohn, Hamburg, Alter Wall 40 zur freiwilligen Versteigerung gebracht worden sind. Es ist daher unklar, aus welchem Grunde die Entschädigungsbehörde hier ohne weitere Begründung Schäden am Vermögen verneint, obwohl allgemein bekannt ist, dass die Versteigerungserlöse aus freiwilligen Versteigerungen bei weitem den Wert der Gegenstände nicht erreichten.

Die Klägerinnen berufen sich auf §§ 176 Abs. 2 BEG. Sie machen Beweisnotstand geltend. Ihnen ist der erzielte Erlös unbekannt. Sie können nach Ablauf von über 20 Jahren auch nicht mehr im einzelnen Sagen, welchen Wert die damals vor Einlagerung bei der Firma Jacoby versteigerten Sachen hatten.

Hier ist nur eine Abschätzung des Schadens möglich. Der Wert der versteigerten Sachen mag bei etwa 5000,-- RM gelegen haben. Der Erlös wird etwa 10 % netto erbracht haben, sodass ein Schaden von 4.500,-- RM = 900,-- DM abzuschätzen wäre.

Ich werde daher beantragen:

Die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerinnen - zugleich in Erbengemeinschaft nach dem Verstorbenen, Leo Gottlieber -
1. wegen Eigentumsschaden DM 10.000,--,
2. wegen Vermögensschaden DM 900,--
zu zahlen,
die Kosten des Verfahrens dem beklagten



Land aufzuerlegen,
das Urteil für vorläufig vollstreckbar
zu erklären.

Evtl. Ergänzungen behalte ich mir vor.

Kon. Hader u. Her.
Rechtsanwältin

Anlage

1 Vollmacht

W 2 - 2707 83/6

2000

den 29. Juli 1964
: 1246

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
- 9. Zivilsenat -

H a m b u r g 36
Sievekingplatz 2

Lo/ko

Zum dortigen Aktenzeichen: 9 U (Entsch) 83/64

In der Entschädigungssache

- 1.) Johanna Gottlieber ./. Freie und Hansestadt Hamburg
2.) Edith Pugacz Arbeits- und Sozialbehörde
(RAIN Ursula Hess-Niedermöller, Amt für Wiedergutmachung
Düsseldorf)

wird unter Aufrechterhaltung des mit Schriftsatz vom 11. 5. 1964
gestellten Antrages,

die Berufung der Klägerinnen als unzulässig
zu verwerfen,

hilfsweise beantragt,

die Berufung der Klägerinnen zurückzuweisen,
anderenfalls die Beklagte gemäß § 713 (2) ZPO
zu befugen.

Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, darf zunächst auf die Ent-
scheidungsgründe des angefochtenen Urteils Bezug genommen werden.

Soweit ein Schaden dadurch eingetreten ist, daß das Vermögen der
Eheleute Gottlieber zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden
ist, entfällt ein Anspruch auf Entschädigung nach dem BEG, weil der
Anspruch auf Wiedergutmachung des Schadens seiner Rechtsnatur nach
unter die Rückerstattungsvorschriften fällt (§ 5 BEG). Tatsächlich
haben die Klägerinnen im Rückerstattungsverfahren auch insoweit eine
Entschädigung erhalten. Das Schicksal des in 16 Kisten, 2 Koffern und
3 weiteren Silberkisten verpackten Umzugsgutes nach der allgemeinen
Vermögensbeschlagnahme ist in dem vorliegenden Verfahren rechtlich
unerheblich. Dafür, daß vor der Entziehung bereits einzelne Gegen-
stände der Plünderung preisgegeben oder im Stich gelassen worden sind,
liegt nichts vor. Wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat, kann
auch keine Rede davon sein, daß hinsichtlich des gesamten Umzugsgutes
ein Eigentumsschaden im Sinne des § 51 BEG 1939 vor der Entziehung
eingetreten ist. Wenn die Klägerinnen geltend machen, Silberwaren,
Schmuck und Bügeleisen seien nicht mit versteigert, sondern

WTF

wahrscheinlich gesondert abgeliefert worden, so ist darauf hinzuweisen, daß - abgesehen von der allgemeinen Vermögensbeschlagnahme - eine solche Ablieferung einer Entziehung entspricht, die nach BEG keinen Entschädigungsanspruch auslösen kann.

Ein Anspruch wegen Vermögensschadens, der nach Meinung der Klägerinnen bei der Versteigerung von Mobiliar, insbesondere eines Herrenzimmers und einer Küche, eingetreten ist, kann in diesem Verfahren schon deswegen nicht mit Erfolg geltend gemacht werden, weil es insoweit an einer Vorentscheidung im Verwaltungsverfahren fehlt. Wie die Gründe des angefochtenen Bescheides der Beklagten vom 12. 3. 1962 ausweisen, betrifft jener Bescheid nur den Antrag auf Entschädigung für den Schaden, der durch den Verlust von verpacktem Umzugsgut wie Geschirr, Nähmaschine, Wäsche, Silber und Schmuck eingetreten ist.



Im Auftrage:

(Lorf)
Referent

Justizsekretär

verfertigt am	29/3/66
sonst am	
Anlagen	